

Die G7 sollte sich endlich auflösen

Es handelt sich um ein undemokratisches Gremium, das seine historische Macht nur dazu nutzt, seine engstirnigen Interessen einer Welt aufzudrängen, die mit einer Reihe dringenderer Probleme konfrontiert ist.

Von Vijay Prashad

Tricontinental: Institute for Social Research, 25.5.2023

(<https://thetricontinental.org/newsletterissue/g7-summit/>)

Übersetzt von Fee Strieffler und Wolfgang Jung, 7.6.2023

Während des Gipfeltreffens G7 im Mai 2023 besuchten die Staats- und Regierungschefs Kanadas, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten das Hiroshima Peace Memorial, in dessen Nähe das Treffen stattfand. Dies nicht zu tun, wäre ein Akt großer Unhöflichkeit gewesen. Wiederholten Forderungen nach einer Entschuldigung der USA für den Abwurf von Atombomben auf die Zivilbevölkerung im Jahr 1945 hat US-Präsident Joe Biden nicht erfüllt. Stattdessen schrieb er in das Gästebuch des Peace Memorials: "Mögen die Geschichten, die dieses Museum erzählt, uns alle an unsere Verpflichtung erinnern, eine Zukunft in Frieden aufzubauen."

Entschuldigungen könnten wegen der in unserer Zeit herrschenden Spannungen international eine wichtige soziologische und politische Rolle spielen. Eine Entschuldigung Bidens hätte aber signalisiert, dass die Bombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_10/LP18210_150910.pdf und https://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_19/LP08719_050819.pdf) moralisch nicht zu rechtfertigen waren, weil die USA ihren Krieg gegen Japan schon gewonnen hatten. Eine Entschuldigung hätte auch der Entscheidung der USA widersprochen, mehr als 70 Jahre danach mit voller Unterstützung anderer westlicher Mächte immer noch ihre militärische Präsenz entlang der asiatischen Küste des Pazifischen Ozeans aufrechtzuerhalten, die nach den Atombombenabwürfen im Jahr 1945 aufgebaut wurde.

Ihre militärische Präsenz nutzen die USA auch heute noch, um China mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen, die sich auf Basen und Schiffen in der Nähe der Hoheitsgewässer Chinas befinden. Es ist unmöglich, sich eine "friedliche Zukunft" vorzustellen, wenn die USA weiterhin ihre aggressive

Militärstruktur aufrechterhalten, die sich von Japan bis Australien erstreckt, und zwar mit der ausdrücklichen Absicht, China unter Druck zu setzen.

Als der britische Premierminister Rishi Sunak (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rishi_Sunak), die G7-Koordinierungsplattform gegen wirtschaftliche Nötigung (s. <https://www.reuters.com/world/g7-leaders-agree-new-initiative-fight-economic-coercion-2023-05-20/>) vorstellte, nutzte er die Gelegenheit, um gleichzeitig China "wirtschaftliche Nötigung" bei dessen Handelsaktivitäten vorzuwerfen. "Diese Plattform wird sich mit der zunehmenden Einmischung in die souveränen Angelegenheiten anderer Staaten durch den schädlichen Einsatz wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen befassen", erklärte Sunak.

Diese bizarre Formulierung zeugt weder von Selbsterkenntnis in Bezug auf die lange Geschichte des brutalen Kolonialismus westlicher Staaten noch von der Einsicht, dass auch mit neokolonialen Strukturen wie dem Internationale Währungsfonds/IWF durch den von ihm ausgeübten Zwang zu ständig steigender Verschuldung wirtschaftliche Nötigung betrieben wird.

Sunak, Biden und die anderen Staatschefs maßen sich in selbstgerechter Überheblichkeit und eingebildeter moralischer Überlegenheit das Recht an, China wegen seiner Handelsabkommen mit anderen Ländern anzugreifen. Sie glauben, es sei völlig in Ordnung, wenn der IWF – in ihrem Auftrag – verschuldeten Ländern "Auflagen" macht und wollen China verbieten, bei der Vergabe von Krediten über eigene Konditionen zu verhandeln.

Interessanterweise wurde China in der Abschlusserklärung der G7 (s. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/05/20/g7-leaders-statement-on-economic-resilience-and-economic-security/>) nicht namentlich erwähnt. Man hat lediglich allgemeine Besorgnis über "wirtschaftlichen Zwang" geäußert. Dass China nicht ausdrücklich gerügt wurde, lässt auf einen Mangel an Einigkeit innerhalb der G7 schließen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, nutzte hingegen ihre Rede auf dem G7-Gipfel, um die USA wegen der Subventionen für ihre eigene Industrie zurechtzuweisen: "Wir müssen für unseren Clean-Tech-Industrien ein einheitliches, berechenbares Geschäftsumfeld schaffen. Der Ausgangspunkt muss bei allen G7-Staaten vor allem Transparenz bei der Unterstützung der eigenen Industrie sein." (s. dazu auch <https://www.dihk.de/de/inflation-reduction-act-der-usa-92844>)

Westliche Regierungen und Think Tanks haben sich besonders darüber beschwert, dass bei der Vergabe chinesischer Entwicklungsdarlehen auf die Klauseln des Pariser Clubs verzichtet wird (s. dazu

auch <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Pariser+Club%2C+Klauseln>). Der Pariser Club ist ein Gremium offizieller bilateraler Gläubiger, das 1956 gegründet wurde, um armen Ländern, die vom IWF geprüft wurden, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, wobei die sich verpflichten müssen, eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Reformen durchzuführen, wenn sie Kredite erhalten wollen. In den letzten Jahren ist der Umfang der über den Pariser Club vergebenen Kredite zurückgegangen, der Einfluss dieses Gremiums und das Ansehen, das seine strengen Regeln genießen, blieb jedoch erhalten.

Bei vielen chinesischen Krediten – insbesondere den im Rahmen der Belt and Road Initiative (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Seidenstra%C3%9Fe) vergebenen – finden die Klauseln des Pariser Clubs keine Anwendung. Die Professoren Huang Meibo und Niu Dongfang haben das folgendermaßen begründet: "Alle Staaten sollten das Recht anderer Länder respektieren, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Die Regeln des Pariser Clubs sind nicht als universelle Normen zu betrachten, die alle einzuhalten haben. Der Vorwurf der "wirtschaftlichen Nötigung" ist nicht stichhaltig, nur weil chinesische Kreditgeber sich weigern, dabei die Klauseln des Pariser Clubs durchzusetzen."

Die Staats- und Regierungschefs der G7 tun vor den Kameras so, als könnten sie über die ganze Welt bestimmen, und erwarten, dass die ganze Menschheit ihre Ansichten teilt. Dabei leben in den G7-Ländern nur 10 Prozent der Weltbevölkerung und sie erwirtschaften lediglich 27 Prozent des globalen BIP. Außerdem handelt es sich um demografisch und wirtschaftlich fortschreitend schrumpfende Staaten, die ihre Autorität überwiegend aus ihrer militärischen Macht ableiten und vor allem damit die Welt kontrollieren wollen.

Einem so kleinen Teil der Menschheit sollte es nicht erlaubt sein, für uns alle zu sprechen, denn ihre Absichten und Interessen sind weder universell, noch kann man darauf vertrauen, dass sie ihre eigenen egoistischen Ziele zugunsten der Bedürfnisse der Menschheit beiseiteschieben.

Die Agenda der G7 war von Anfang an klar umrissen, schon bei ihrer Gründung als informelle Gruppe im März 1973 und dann als G7 auf ihrem ersten Gipfel in Frankreich im November 1975. Sie wurde von US-Finanzminister George Schultz ins Leben gerufen, der die damaligen Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing aus Frankreich, Helmut Schmidt aus der Bundesrepublik Deutschland und Anthony Barber aus Großbritannien zu privaten Konsultationen zwischen atlantischen Verbündeten zusammenbrachte. Das Treffen der G7 im Schloss Rambouillet im Jahr 1975 stand im Zusammenhang mit der 1973 von der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) eingesetzten "Ölwaffe" und der Verabschiedung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIEO) in den Vereinten Nationen im Jahr 1974

(s. https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Weltwirtschaftsordnung). Schmidt, der ein Jahr nach der Gründung der Gruppe zum deutschen Bundeskanzler gewählt wurde, schätzte diese Entwicklungen damals so ein: "Ich möchte für die öffentliche Meinung ausdrücklich feststellen, dass die gegenwärtige Weltrezession kein besonders günstiger Anlass ist, eine neue Wirtschaftsordnung im Sinne bestimmter UN-Dokumente auszuarbeiten". Schmidt wollte den "internationalen Dirigismus" und die Möglichkeit bestimmter Staaten, dabei mitzuwirken, lieber ausschließen.

Die NIEO müsse gestoppt werden, denn es sei keine gute Idee, die Entscheidungen über die Weltwirtschaft "Beamten irgendwo in Afrika oder in einer asiatischen Hauptstadt zu überlassen". Anstatt afrikanischen und asiatischen Führern ein Mitspracherecht bei wichtigen globalen Angelegenheiten einzuräumen, wollte der britische Premierminister Harold Wilson weitreichende Entscheidungen lieber von "der Art von Menschen treffen lassen, die am Tisch der G7 sitzen".

Die von Schmidt und Wilson vorgegebene Richtung soll auch heute noch eingehalten werden, obwohl sich die Weltordnung dramatisch verändert hat. In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts haben sich die USA, die sich bisher für eine unangefochtene Weltmacht hielten, mit ihrem Krieg gegen den Terror militärisch und mit ihrem unregulierten Bankensystem wirtschaftlich übernommen. Seit dem Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 und der Finanzkrise im Jahr 2007 ist die beherrschende Stellung der USA in der Weltordnung bedroht.

In den dunkelsten Tagen der Finanzkrise baten die G8-Staaten, zu denen damals auch Russland gehörte, die Überschussländer des globalen Südens – insbesondere China, Indien und Indonesien – um Hilfe. Im Januar 2008 erklärte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy bei einem Treffen in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi vor Wirtschaftsführern: "Bei G8-Gipfeln treffen sich acht Länder zweieinhalb Tage lang und laden nur am dritten Tag die fünf Entwicklungsländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika - zu Gesprächen beim Mittagessen ein. Das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber den 2,5 Milliarden Einwohnern dieser Länder. Warum behandeln wir sie so drittklassig? Ich möchte, dass der nächste G8-Gipfel in einen G13-Gipfel umgewandelt wird."

In dieser Zeit der Schwäche des Westens wurde laut darüber geredet, die G7 aufzulösen und durch die G20, zu ersetzen, die ihren ersten Gipfel bereits 2008 in Washington, D.C. abhalten hatten. Sarkozys Erklärungen in Delhi sorgten für Schlagzeilen, hatten aber nicht die erhofften politischen Auswirkungen. Im Oktober 2010 sagte der damalige französische Premierminister Michel Rocard in einem vertraulichen Gespräch mit Craig R. Stapleton, dem US-Botschafter in Frankreich: "Wir brauchen auch weiterhin ein

Instrument, mit dem wir gemeinsam Lösungen für neue Herausforderungen wie das Wachstum Chinas und Indiens finden können, damit wir uns auf diese kommenden Monster einstellen könne."

Die "Monster" stehen nun vor der Tür, und die USA haben ihr gesamtes wirtschaftliches, diplomatisches und militärisches Arsenal versammelt, einschließlich der G7, um sie zu ersticken. Die G7 ist ein undemokratisches Gremium, das seine historische Macht ausnutzt, um seine egoistischen Interessen einer Welt aufzudrängen, die mit einer Reihe dringenderer Probleme zu kämpfen hat. Es ist an der Zeit, die G7 auszuschalten oder zumindest zu verhindern, dass sie der Welt auch weiterhin ihren Willen aufzwingt.

In seiner Rundfunkansprache am 9. August 1945 sagte US-Präsident Harry Truman: "Die Welt wird zur Kenntnis nehmen, dass die erste Atombombe auf Hiroshima, eine Militärbasis, abgeworfen wurde. Das lag daran, dass wir bei diesem ersten Angriff die Tötung von Zivilisten so weit wie möglich vermeiden wollten". In Wirklichkeit war Hiroshima aber kein "Militärstützpunkt". US-Kriegsminister Henry Stimson nannte die Stadt ein "jungfräuliches Ziel", das bei den US-Brandbombenangriffen auf Japan verschont worden sei, um als lohnendes Testgelände für die erste Atombombe dienen zu können. In seinem Tagebuch (s. <http://www.doug-long.com/stimson5.htm>) hat Stimson ein Gespräch festgehalten, das er im Juni 1945 mit Truman geführt hat. Als Stimson dem Präsidenten mitteilte, er fürchte, die US-Luftwaffe bombardiere Japan so gründlich, dass für die neue Waffe, die Atombombe, kein angemessenes Ziel mehr übrigbleibe, um deren Stärke zu demonstrieren, habe Truman nur gelacht.

Die zweijährige Sadako Sasaki gehörte zu den 350.000 Menschen, die zum Zeitpunkt der Bombardierung in Hiroshima lebten. Sie starb zehn Jahre später an Krebserkrankungen, die auf die Strahlenbelastung durch die Bombe zurückzuführen waren. Der türkische Dichter Nazim Hikmet wurde von ihrer Geschichte sehr bewegt und schrieb ein Gedicht gegen Krieg und atomare Zerstörung. Hikmets Worte sollten auch heute noch eine Mahnung für Biden sein, über die Möglichkeit eines militärischen Konfliktes mit China nicht zu lachen.

Das Mädchen von Hiroshima

Leise klopfe ich an deine Tür,
vor wieviel' Türen ich schon war?
Kann dir nicht ins Auge blicken,
denn ich bin tot, bin unsichtbar.

Ich bin gestorben, lange her,
in Hiroshimas heißem Licht.
Bleibe immer sieben Jahre,
tote Kinder wachsen nicht.

Erst brannten mir die Haare weg,
dann meine Augen, mein Gesicht.
Übrig blieb von mir nur Asche,
nur eine Hand voll, federleicht.

Ich möchte kein Bonbon von dir,
gar nichts, du musst bedenken:
Ein Kind brannte wie Papier,
du kannst ihm nichts mehr schenken.

Leise klopfe ich an deine Tür,
gibst du mir deine Unterschrift?
Auf dass nie mehr Kinder brennen
und dass man ihnen Bonbons gibt.

(Übersetzung des Gedichts aus

<https://www.rf-news.de/2020/kw32/das-maedchen-von-hiroshima>)

Herzliche Grüße,Vijay

Vijay Prashad ist ein indischer Historiker, Redakteur und Journalist. Er ist Stipendiat und Chefkorrespondent bei Globetrotter. Er ist Herausgeber von LeftWord Books und Direktor von Tricontinental: Institute for Social Research. Er ist Senior Non-Resident Fellow am Chongyang Institute for Financial Studies der Renmin University of China. Er hat mehr als 20 Bücher geschrieben, darunter *The Darker Nations* und *The Poorer Nations*. Seine jüngsten Bücher sind *Struggle Makes Us Human: Learning from Movements for Socialism* und, zusammen mit Noam Chomsky, *The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan, and the Fragility of U.S. Power*. (Text zum Autor entnommen aus <https://consortiumnews.com/2023/05/27/q7-should-be-shut-down/>)

Anmerkungen der Übersetzer:

Wir haben den Artikel mit DepL-Unterstützung übersetzt, mit einigen Links ergänzt und bewusst unkommentiert gelassen.

The Group of Seven Should Finally Be Shut Down: The Twenty-First Newsletter (2023)

By Vijay Prashad

May 25, 2023

<https://thetricontinental.org/newsletterissue/g7-summit/>

Dear friends,

Greetings from the desk of **Tricontinental: Institute for Social Research**.

During the May 2023 Group of Seven (G7) summit, the leaders of Canada, France, Germany, Italy, Japan, the United Kingdom, and the United States visited the Hiroshima Peace Memorial Museum, near where the meeting was held. Not doing so would have been an act of immense discourtesy. Despite many calls for an apology from the US for dropping an atomic bomb on a civilian population in 1945, US President Joe Biden has **demurred**. Instead, he **wrote** in the Peace Memorial guest book: 'May the stories of this museum remind us all of our obligations to build a future of peace'.

Apologies, amplified by the tensions of our time, take on interesting sociological and political roles. An apology would suggest that the 1945 bombings of Hiroshima and Nagasaki were wrong and that the US did not end their war against Japan by taking the moral high ground. An apology would also contradict the US's decision, backed fully by other Western powers over 70 years later, to maintain a military presence along the Asian coastline of the Pacific Ocean (a presence built on the back of the 1945 atomic bombings) and to use that military force to threaten China with weapons of mass destruction amassed in bases and ships close to China's territorial waters. It is impossible to imagine a 'future of peace' if the US continues to maintain its aggressive military structure that runs from Japan to Australia, with the express intent of disciplining China.

UK Prime Minister Rishi Sunak was given the errand to warn China about its 'economic coercion' as he **unveiled** the G7 Coordination Platform on Economic Coercion to track Chinese commercial activities. 'The platform will address the growing and pernicious use of coercive economic measures to interfere in the sovereign affairs of other states', Sunak said. This bizarre language displayed neither

self-awareness of the West's long history of brutal colonialism nor an acknowledgement of neocolonial structures – including the permanent state of indebtedness enforced by the International Monetary Fund (IMF) – that are coercive by definition. Nonetheless, Sunak, Biden, and the others preened with self-righteous certainty that their moral standing remains intact and that they hold the right to attack China for its trade agreements. These leaders suggest that it is perfectly acceptable for the IMF – on behalf of the G7 states – to **demand** 'conditionalities' from debt-ridden countries while forbidding China from negotiating when it lends money.

Interestingly, the final **statement** from the G7 did not mention China by name, but merely echoed the concern about 'economic coercion'. The phrase 'all countries' and not China, specifically, signals a lack of unity within the group. European Commission President Ursula von der Leyen, for instance, used her **speech** at the G7 to put the US on notice for its use of industrial subsidies: 'We need to provide a clear, predictable business environment to our clean tech industries. The starting point is transparency among the G7 on how we support manufacturing'.

One **complaint** from Western governments and think tanks alike has been that Chinese development loans contain 'no Paris Club' clauses. The Paris Club is a body of official bilateral creditors that was set up in 1956 to provide financing to poor countries who have been vetted by IMF processes, stipulating that they must pledge to conduct a range of political and economic reforms in order to secure any funds. In recent years, the amount of loans given through the Paris Club has declined, although the body's influence and the esteem its strict rules garner remain. Many Chinese loans – particularly through the Belt and Road Initiative – refuse to adopt Paris Club clauses, since, as Professor Huang Meibo and Niu Dongfang **argue**, it would sneak IMF-Paris Club conditionalities into loan agreements. 'All countries', they write, 'should respect the right of other countries to make their own choices, instead of taking the rules of the Paris Club as universal norms that must be observed by all'. The allegation of 'economic coercion' does not hold if the evidence points to Chinese lenders refusing to impose Paris Club clauses.

G7 leaders stand before the cameras pretending to be world representatives whose views are the views of all of humanity. Remarkably, G7 countries only contain 10 per cent of the world's population while

their combined Gross Domestic Product (GDP) is merely **27 per cent** of global GDP. These are demographically and increasingly economically marginalised states that want to use their authority, partly derived from their **military power**, to control the world order. Such a small section of the human population should not be allowed to speak for all of us, since their experiences and interests are neither universal nor can they be trusted to set aside their own parochial goals in favour of humanity's needs.

Indeed, the agenda of the G7 was plainly laid out at its origin, first as the Library Group in March 1973 and then at the first G7 summit in France in November 1975. The Library Group was created by US Treasury Secretary George Schultz, who brought together finance ministers from France (Valéry Giscard d'Estaing), West Germany (Helmut Schmidt), and the UK (Anthony Barber) to hold private consultations among the Atlantic allies. At the Château de Rambouillet in 1975, the G7 met in the context of the 'oil weapon' wielded by the Organisation for Petroleum Exporting Countries (OPEC) in 1973 and the passage of the **New International Economic Order** (NIEO) in the United Nations in 1974. Schmidt, who was appointed German chancellor a year after the Library Group's formation, **reflected** on these developments: 'It is desirable to explicitly state, for public opinion, that the present world recession is not a particularly favourable occasion to work out a new economic order along the lines of certain UN documents'. Schmidt wanted to end 'international *dirigisme*' and states' ability to exercise their economic sovereignty.

The NIEO had to be stopped in its tracks, Schmidt said, because to leave decisions about the world economy 'to officials somewhere in Africa or some Asian capital is not a good idea'. Rather than allow African and Asian leaders a say in important global matters, UK Prime Minister Harold Wilson suggested that it would be better for serious decisions to be made by 'the sort of people sitting around this table'.

The private attitudes displayed by Schmidt and Wilson continue to this day, despite dramatic changes in the world order. In the first decade of the 2000s, the US – which had begun to see itself as an unrivalled world power – overreached militarily in its War on Terror and economically with its unregulated banking system. The war on Iraq (2003) and the credit crunch (2007) threatened the vitality of the US-managed world order. During the darkest days of the credit crisis, G8 states, which then included Russia, asked surplus-holding countries of the Global South (particularly, China, India, and

Indonesia) to come to their aid. In January 2008, at a meeting in New Delhi (India), French President Nicolas Sarkozy **told** business leaders, 'At the G8 summit, eight countries meet for two and a half days and on the third day invite five developing nations – Brazil, China, India, Mexico, and South Africa – for discussions over lunch. This is [an] injustice to [the] 2.5 billion inhabitants of these nations. Why this third-grade treatment to them? I want that the next G8 summit be converted into a G13 summit'.

There was talk during this period of weakness in the West that the G7 would be shut down and that the G20, which held its first summit in 2008 in Washington, D.C., would become its successor. Sarkozy's statements in Delhi made headlines, but not policy. In a more private – and truthful – assessment in October 2010, former French Prime Minister Michel Rocard **told** US Ambassador to France Craig R. Stapleton, 'We need a vehicle where we can find solutions for these challenges [the growth of China and India] together – so when these monsters arrive in 10 years, we will be able to deal with them'.

The 'monsters' are now at the gate, and the US has assembled its available economic, diplomatic, and military arsenals, including the G7, to suffocate them. The G7 is an undemocratic body that uses its historical power to impose its narrow interests on a world that is in the grip of a range of more pressing dilemmas. It is time to shut down the G7, or at least prevent it from enforcing its will on the international order.

In his radio address on 9 August 1945, US President Harry Truman **said**: 'The world will note that the first atomic bomb was dropped on Hiroshima, a military base. That was because we wished in this first attack to avoid, insofar as possible, the killing of civilians'. In reality, Hiroshima was not a 'military base': it was what US Secretary of War Henry Stimson called a 'virgin target', a place that had escaped the US firebombing of Japan so that it could be a worthwhile testing ground for the atomic bomb. In his **diary**, Stimson recorded a conversation with Truman in June about the reasoning behind targeting this city. When he told Truman that he was 'a little fearful that before we could get ready the Air Force might have Japan so thoroughly bombed out that the new weapon [the atomic bomb] would not have a fair background to show its strength', the president 'laughed and said he understood'.

Two-year-old Sadako Sasaki was one of 350,000 people living in Hiroshima at the time of the bombings. She died ten years later from cancers associated with radiation exposure from the bomb. The Turkish

poet Nazim Hikmet was moved by her story and wrote a poem against war and confrontation. Hikmet's words should be a warning even now to Biden for laughing at the possibility of renewed military conflict against China:

I come and stand at every door
But none can hear my silent tread
I knock and yet remain unseen
For I am dead for I am dead.

I'm only seven though I died
In Hiroshima long ago
I'm seven now as I was then
When children die they do not grow.

My hair was scorched by swirling flame
My eyes grew dim my eyes grew blind
Death came and turned my bones to dust
And that was scattered by the wind.

I need no fruit I need no rice
I need no sweets nor even bread
I ask for nothing for myself
For I am dead for I am dead.

All that I need is that for peace
You fight today you fight today
So that the children of this world
Can live and grow and laugh and play.

Warmly,

Vijay

